

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postkassentkonto Dresden 2640

Bestellpreis monatlich 2 M., durch einen Vorkauf zugutgeschrieben in der Stadt monatlich 1 M., auf dem Lande 1 M., durch die Post bezogen 1 M. 20 Pf., mit Zustellungsgebühr. Alle Postentgelte und Postkosten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jedwede Zahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 2 M. für die 6-spaltige Korpuszeile oder deren Raum, 1 M. 20 Pf. für die 4-spaltige Korpuszeile 2 M. Bei Anfertigung und Anfertigung entsprechender Preisnachlässe. Bekanntmachungen im amtlichen Teil laut von (Zählern) die 3-spaltige Korpuszeile 2 M. Nachvollzugsgebühr 50 Pf. Anzeigenpreise die vom 1. 10. 1921 ab. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzeratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 302

Mittwoch den 28. Dezember 1921.

80. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Maul- und Klauenseuche.

Das Wiederaufleben der Maul- und Klauenseuche veranlaßt die Amtshauptmannschaft, erneut auf folgende Bestimmungen, deren genaueste Einhaltung unbedingt notwendig ist, hinzuweisen.

1. Bei dem ersten Seuchenausbruch in einer Gemeinde hat von dem Besitzer und von dem von diesem zugezogenen Privatierarzt sofortige schriftliche Mitteilung an den Gemeindevorstand zu erfolgen, der diesen durch Fernspruch sofort an die Amtshauptmannschaft und an den Bezirkstierarzt weiter zu geben hat. Dasselbe ist auch von einem selbständigen Gutsbesitzer, so tritt an die Stelle des Gemeindevorstandes der Gutsbesitzer.

2. Bei weiteren Seuchenausbrüchen ist dem Gemeindevorstande sofortige Anzeige zu erstatten, die dieser schriftlich unter genauer Angabe der Klauenviehbestände:

- a) Rinder einschließlich der Kühe
- b) Schafe
- c) Schweine einschließlich der Ferkel
- d) Ziegen

dem Bezirkstierarzt weiter zu geben hat.

3. Auf alle Seuchenanzeigen hat der Gemeindevorstand oder Gutsbesitzer sofort vorläufige Sperrmaßnahmen anzuordnen, und die weitere Viehexporte zu verbieten.

4. Für die Untersuchung von Zucht- und Nutzvieh und Ferkeln, deren Ausführung aus dem Beobachtungsgebiet genehmigt ist, ist nur der Bezirkstierarzt zuständig.

5. Die Untersuchung von Schlachtvieh aus den Beobachtungsgebieten, sowie in unversuchten Gebieten in den Sperrgebieten, ebenso die Beaufsichtigungen von Schlachtungen in den Sperrgebieten sind von den Privatierärzten vorzunehmen. Meißen, den 22. Dezember 1921. Die Amtshauptmannschaft.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 ab ist der Preis

des Kraftstroms auf 3.— Mark | für die Kilowattstunde  
des Lichtstroms auf 4.— Mark |

festgesetzt worden.

Gleichzeitig sind die Zählermieten ab 1. Januar 1922 um 100 Prozent erhöht worden. Sie betragen nunmehr pro Monat für

kleine Zähler 0.60 Mark,  
mittlere Zähler 2.— Mark,  
große Zähler 4.— Mark.

Wilsdruff, am 23. Dezember 1921.

Der Stadtrat, Elektrizitätswerkverwaltung.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Nach Londoner Meldungen soll an den am 15. Januar und 15. Februar fälligen deutschen Zahlungen nichts gerichtet werden.

\* Briand will beim Obersten Rat vor allem eine scharfe Finanzkontrolle über Deutschland durchsetzen.

\* Tagow wird seine Festungshaft in der pommerischen Anstalt Gollnow verüben.

\* Im Nordprosej Strupen wurde vom Verteidiger Revision angemeldet.

\* Die Konferenz von Cannes wurde auf den 6. Januar festgesetzt. Deutsche Sachverständige sollen daran teilnehmen.

\* In Nordböhmen sind schwere Unruhen ausgebrochen, die zu blutigen Zusammenstößen führten.

\* Die Flottenkommission in Washington hat beschlossen, die Unterseeboote als Kriegswaffe beizubehalten.

### Brücke oder Barriere?

Aufmerksame Beobachter der polnischen Politik wollen in den letzten Tagen eine erhöhte Betriebsamkeit der maßgebenden Männer in Warschau beobachtet haben. Eine außerordentliche Ministerratssitzung unter Vorsitz des Staatspräsidenten Pilsudski, die Anwesenheit der Geschäftsträger in Moskau und Paris, wiederholte Besprechungen des französischen Botschafters mit dem polnischen Regierungschef finden in der Warschauer Presse mehr oder weniger sensationell zugehörte Erklärungen. Und die unmittelbar bevorstehende Abreise der russischen und ukrainischen Geschäftsträger nach Moskau und Charkow geben naturgemäß in gleicher Weise Stoff zu weitgehenden politischen Vermutungen.

Die einen sind der Meinung, daß Polen seine Beziehungen zu Rußland, die trotz des Friedens von Riga bisher recht viel zu wünschenswerten übrig ließen, nun endlich auf eine wirklich dauerhafte Grundlage stellen wolle. Es ist in den letzten Monaten wiederholt vorgekommen, daß Vertreter der polnischen Republik in Moskau und anderwärts auf russischem Boden mit einer Achtachtung behandelt wurden, die selbst für sowjetrussische Maßstäbe bis auf Unglaubliche freiste. Selbst körperliche Mißhandlungen fehlen nicht bei diesen freundschaftlichen Verkehrsgestaltungen, und da sich die Polen bei allem Befahren, das sie darüber machten, schließlich doch immer mit Leuten nahmen, sogar von immerem Sohn nicht freien Entschuldigungen der russischen Gewalttäter zufrieden gaben, war un schwer zu erkennen, welcher von beiden Teufen sich als der Stärkere fühlte. Aber nun strebt Rußland, wie bekannt, seine Wiederaufnahme in den Kreis der gleichberechtigten Nationen des Kontinents an und glaubt, was England betrifft, nach der Unterredung Krassin mit Lloyd George ziemlich nahe am Ziel angelangt zu sein. Die britische Regierung scheint aber in dieser Frage, nach früheren ählichen Erfahrungen, wenn irgend möglich nur im vorherigen Einvernehmen mit Frankreich weitergehen zu wollen, und dieses will sich keine Anerkennung der Sowjetregierung selbstverständlich gebührend bezahlen lassen. Zu diesem Zweck soll Polen um seine Dienste als „neutraler Akteur“ angegangen worden sein, und darauf wäre, immer nach der vorherrschenden Annahme der Warschauer politischen Kreise, die erhöhte Tätigkeit der polnisch-russisch-französischen Diplomatie zurückzuführen. Es ist selbstverständlich, daß diesen Vorgängen sofort eine deutschfeindliche Spitze gegeben wird. Man verweist auf die bekannte Bestimmung des Versailler Vertrages, die den späteren Beitritt Rußlands zu diesem Vertrag vorbehält, gegen die Zusage, die deutschen Reparationsverpflichtungen dann auch auf das ehemalige Zarrentum auszudehnen. Das ist eine Lockung, der, wie man annimmt, Lenin und Trotzki, wenn auf sie ein entsprechender Druck von London und Paris her ausgeübt wird, nicht widerstehen

können. Und Polen frohlockt schon bei dem Gedanken, daß auf der für Anfang des nächsten Jahres in Aussicht genommenen internationalen Wirtschaftskonferenz wohl Polen und Rußland vertreten sein würden, nicht aber das verhasste Deutsche Reich. Eine Rechnung, die sicherlich nicht ganz klammern wird, an der sich aber leicht entzündliche Gemüter eine kleine Weile wenigstens berauschen können.

Anderer Beobachter der Warschauer Vorgänge sind geneigt, ihnen eine wesentlich nüchternere Auslegung zu geben. Danach handelt es sich lediglich um die möglichst schleunige Aufnahme von Besprechungen über die Handelsbeziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland. Die fortschreitende Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhältnisse habe in der polnischen Öffentlichkeit wachsende Beunruhigung erzeugt, und die „Mallerdienste“ Polens sollen nicht von Frankreich, sondern von Rußland erbeten worden sein, um in Paris gut Wetter zu bereiten für die Anerkennung der Sowjetregierung. Von Moskau aber kann man so gut wie sicher sein, daß es das neue Polenreich sich allenfalls als Brücke, nicht aber als Barriere gegen den Westen denkt, auch nicht um den Preis einer zweifelhaften deutschen Reparationsleistung. Man wird in Warschau gut daran tun, sich nicht mehr lange in solchen Vorstellungen zu wiegen, damit die Enttäuschung, wenn von anderer Seite ein gehöriges Maß Wasser in den Wein der Begeisterung geschüttet wird, nicht zu sehr schmerzt. Die Russen sind zu klug, um ihre Politik in den Diensten fremder Interessen stellen zu lassen.

### Briands Programm.

Deutschland soll beaufsichtigt werden.

Je mehr Einzelheiten über das Ergebnis der Londoner Beratungen in den letzten Tagen eintrafen, um so deutlicher stellte es sich heraus, daß die Warnung vor jedem Optimismus nur allzu gerechtfertigt war. Es scheint, daß alle Reformpläne auf Cannes verschoben wurden. Zunächst aber ist zu erwarten, daß die Reparationskommission Deutschland die Mitteilung zukommen lassen wird, daß die beiden

nächsten Zahlungen vollständig erfolgen müssen. Auch in England ist man davon wenig erbaunt. Man weist zwar darauf hin, daß man von einem Mißerfolg der Londoner Konferenz nur insoweit sprechen könne, als Deutschlands Hoffnungen nicht erfüllt würden. Die Alliierten würden wegen der Zahlung der 20prozentigen Ausfuhrabgabe, die nicht eingezogen wurde, einstweilen nichts unternehmen. Die beiden nächsten Termine der Entschädigungszahlungen blieben jedoch bestehen. Die englischen Berichterstatter schieben die Schuld an der weiteren Verzögerung der Unterhandlungen auf

Frankreichs unveröhnliche Haltung gegenüber Deutschland. Es wird nicht bezweifelt, daß Italien sich auf den Standpunkt der englischen Politik bei den Verhandlungen des Obersten Rates stellen wird. Jedenfalls dürften die Stimmen Englands und Italiens genügen, um Frankreich von unbesonnenen Schritten gegenüber Deutschland zurückzuhalten. — Rumröhr ist der Beginn der Tagung des Obersten Rates in Cannes endgültig auf den 6. Januar festgesetzt worden. Den Beratungen wird jedenfalls eine Privatverhandlung zwischen Lloyd George und Briand vorangehen. Für die Konferenz sind sechs Tage vorgesehen. Dann soll eine Konferenz der alliierten Außenminister stattfinden, die sich mit der Frage des neuen Plans beschäftigen werde. Für diese Beratungen seien 10 bis 12 Tage in Aussicht genommen. Das englisch-französische

Programm für die Beratungen in Cannes, das dem Augenschein nach im wesentlichen das

Programm Briands zu sein scheint, enthält drei Hauptpunkte:

1. die Wiederaufrichtung Rußlands durch die Wiederherstellung seiner Eisenbahnlücken und seines Eisenbahnmateriats;

2. die Lösung der Frage der Beschleifung und

3. bezüglich Deutschlands besondere Maßnahmen für die strenge Beaufsichtigung der Kollektoren, der Ausfuhr von Kapital, des Budgets der Reichsbank und der Bundespost. Diese Kontrolle müsse mittelbar auf das deutsche Vermögen in Ausland ausgeübt werden.

Das sei der Plan des europäischen Wiederaufbaues, der sich unmittelbar mit dem Reparationsproblem verbinde, weil die Wiedererhebung Deutschlands die Vorbedingung für die berechnete Erfüllung dessen sei, was seine Gläubiger von ihm erwarteten. Es müsse durch die Anstrengungen einer europäischen Gemeinschaft auf dem Finanzmarkt ein Teil der deutschen Schuld mobilisiert werden und damit durch Anleihen den dringenden Bedürfnissen der Nationen Genüge geleistet werden, die Frankreich für seine Kriegsschulden ungeheure Vorläufe hätten leisten können.

### Toch Erleichterungen?

Eine noch unbeschädigte Londoner Meldung will von einer Vereinbarung zwischen Briand und Lloyd George wissen, wonach Deutschland an Stelle der letzten Annuitäten von 2 Milliarden Goldmark für 1922 nur 500 Millionen Goldmark in bar in Noten bis zum 15. April zahlen solle. Hierin ist die Gewährung für die Reparationsarmee eingeschlossen. Außerdem hätten Sachleistungen wie bisher zu erfolgen, und ferner sei das Wiesbadener Abkommen zu erfüllen. Außerdem bleibe die 20prozentige Ausfuhrabgabe bestehen die unter die Sachleistungen rubriziert werden soll. Vorbedingung für alles dieses ist, daß der Oberste Rat der Regelung zustimmt.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Ein arbeitsreiches Weihnachtsfest.

Der Lauf der internationalen Politik hat vor dem Feste nicht halt gemacht. Sowohl in Berlin als auch in London und Paris hat man auf die übliche Feiertagsruhe verzichten müssen. Da Dr. Rathenau nicht vor dem Weihnachtssabend von London zurück sein konnte, mußte sich die Regierung dazu entschließen, die Feiertage für die dringenden Besprechungen mit ihm bereitzustellen, denn die Reparationskommission mußte ohne Verzug die von Rathenau Bericht abhängige Antwort auf ihre letzte Note bekommen. Der deutsche Reichskanzler hat daher seine geplante Weihnachtsreise in seine badische Heimat ausgesetzt, aber auch Lloyd George zog es vor, in London zu bleiben, um die Konferenz vor Cannes durch Besprechungen mit englischen Wirtschaftspolitikern vorzubereiten, während Briand noch am Weihnachtssabend durch eine für ihn recht schwierige Debatte in der französischen Kammer an Paris gefesselt blieb.

Für den Wiederaufbau Rußlands.

Die in Berlin begründete Wirtschaftsstelle für Verkehr, Handel und Industrie mit dem Osten, eine Zusammenfassung von Industriellen und Arbeitnehmern, ist einer der größten amerikanischen Bankgruppen in Verbindung getreten zur Hergabe eines Betrages von 250 Millionen Dollar an deutsche Banken zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands. Die Vorverhandlungen sind, wie verlautet, bereits zu einem gewissen Abschluß gelangt.

Das Ostklassenverzeichnis mit rückwirkender Kraft.

Auf Antrag der Arbeitnehmerorganisationen erklärten sich das Reichsfinanzministerium und das Reichspost-